

Scherbenhaufen

Der Kampf ums Frauenwahlrecht in Europa

Sie haben nicht aufgegeben, und das ist erstaunlich. Eine ganze Generation lang zog sich der Kampf ums Wahlrecht hin. Großmütter, Mütter, Enkelinnen, alle klagten sie ihr Recht ein. Ihre Mittel waren unterschiedlich.

In den vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts hatten sich in Deutschland Bürgerinnen um Luise Otto geschart. "Die Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht," verkündeten sie. 1848, als die halbe Welt in Aufruhr war, versammelten sich in Seneca Falls, in den USA, einhundert Frauen, um "die gesellschaftliche, rechtliche und kirchliche Stellung der Frau und ihre Rechte" zu erörtern. Der Ton war hier deutlicher: Man sprach von 'Knechtung der einen Hälfte des Volkes' und forderte unverblümt, daß die Frauen zu allen Rechten und Privilegien zugelassen werden, die ihnen als Bürger der Vereinigten Staaten gehören. In den USA ging der Kampf jetzt richtig los, in Deutschland waren die Frauen zunächst wieder zum Schweigen verdammt. Ein Riesenrechtsruck in der Politik, Vereins- und Versammlungsverbote — die Frauen waren mit betroffen. Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau gibt es nur vor der Polizei, schrieb Luise Otto in der Frauen — Zeitung 1851: "Hausdurchsuchungen, Verhöre, Ausweisungen, Verhaftungen, geheimpolizeiliche Aufsicht; sogar Geld — und Gefängnisstrafen wurden verhängt." Frauenvereine, die nicht von Staats wegen verboten waren, lösten sich rasch selbst auf. Nur in Hamburg, der freien Hansestadt, wagte man damals noch auf dem Wahlrecht zu bestehen. Was kaum jemand vermutet: Die Bewegung gründete hier in der Kirche. In Hamburgs katholischer "Freien Gemeinde" gab es — und das war einzigartig für das damalige Deutschland — Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in allen Rechten und Pflichten. Gemeinsam mit evangelischen Frauen verlangte man aus der Kirchengemeinde heraus auch das Wahlrecht in der politischen Gemeinde.

Wer nun aber in Preußen, Bayern oder im Schwabenland wohnte, mußte den Mund halten. Versammlungen gab es nur in privatem Kreis. "Wir müssen uns mit der Zukunft trösten" hieß es bei Luise Otto. Das Glück zu zweien, der heimische Herd, feierte in Deutschlands Presse Wiederkehr, als viele Frauen nicht im Traum an solch ein Glück denken

konnten. Heimarbeiterinnen nicht und oft auch nicht Bürgerstöchter, für deren Aussteuer das Gehalt des Vaters nicht reichte. 'Nur in der stillen Umgebung der Häuslichkeit kann die weibliche Seele gedeihen und sich sicher entfalten' verkündete Louise Büchner 1855 zum Thema 'Frau und Beruf'.

1865, als sich die ersten Frauenvereine wieder öffentlich zusammensetzten, war vom Wahlrecht nicht die Rede. Man suchte nach Verbündeten, traf sich in Leipzig mit Sozialdemokraten und bat willige Männer als Ehrenmitglieder in den Frauenverein. Ein Hauptmann a.D. Korn wird 1865 zum Herausgeber einer 'Allgemeinen Frauenzeitung'. 'Brot und Arbeit' standen im Vordergrund der neu entstandenen Frauenbewegung. Erstmals überleben und den Verein vor Staatszugriffen schützen, bevor man sich an öffentliche Rechte wieder wagte.

1876 kam es in Leipzig zu einer Volksversammlung zum Thema 'Die Stellung der Frau im heutigen Staat und zum Sozialismus.' August Bebel, der Hauptred-

ner, an den bevorstehenden Reichstagswahlen nehmen müßten: da sie aber vorläufig kein Wahlrecht besäßen, sei es ihre Aufgabe, agitatorisch in den Wahlkampf einzugreifen und ihre Männer und wahlberechtigten Verwandten für die Beteiligung an der Wahl anzutreiben, und zwar zugunsten der Sozialdemokratie."

Drei Jahre zuvor hatte Hedwig Dohm ihre Meinung zum Wahlrecht veröffentlicht: "Für mich liegt der Anfang alles wahrhaften Fortschrittes auf dem Gebiet der Frauenfrage im Stimmrecht der Frauen." Hedwig Dohm blieb Jahrzehnte Einzelgängerin. Wo ganze Vereine und Versammlungen das Wahlrecht zur Forderung erhoben, trat die Polizei auf den Plan. So wurden 1866 in Berlin drei Vereine aufgelöst — in einem der drei war eines der Verhandlungsthemen das Stimmrecht der Frauen gewesen. Eine Zeitschrift 'Die Staatsbürgerin', in der das Stimmrecht gefordert wurde, mußte vom Markt. Die Herausgeberin, Gertrud Guillaume-Schack, wurde des Landes verwiesen. Verständlich, daß sich die Forderung nach Stimmrecht bei anderen Zeitschriften und Vereinen nur sehr versteckt erkennen läßt. So erklärte Jenny Hirsch immer wieder für den Berliner Lette-Verein, "daß wir durchaus nicht zu den prinzipiellen Gegnern des Frauenstimmrechts gehören." Aber erst die Bildung, hieß es und "alsdann das Frauenstimmrecht als Krönung." Weit aus mu-

Aus: Frauen befreien sich, Frauenbuchverlag

Heraus mit dem Frauenwahlrecht **FRAUEN-TAG** 8. MÄRZ 1914

Den Frauen, die als Arbeiterinnen, Mütter und Gemeindegewerinnen ihre volle Pflicht erfüllen, die im Staat wie in der Gemeinde ihre Steuern entrichten müssen, hat Voreingenommenheit und realistische Schwärzung das volle Staatsbürgerrecht bis jetzt verweigert.

Dieses natürliche Menschenrecht zu erkämpfen, muß der unerklärliche, feile Wille jeder Frau, jeder Arbeiterin sein. Wer darf es kein Nützen kein Nützen geben. Kommt daher alle, ihr Frauen und Mädchen an den Tag.

Zonntag den 8. März 1914 nachmittags 3 Uhr

9 öffentl. Frauen-Versammlungen

ner, schrieb darüber: "Die Versammlung lief nach Wunsch. Es war die erste Versammlung, in der Frauen zur politischen Beteiligung bei einer Wahl aufgerufen wurden. Ich setzte den Frauen auseinander, welch lebhaftes Interesse auch sie

tiger hatte sich dagegen schon 1872 Luise Otto für ihren Allgemeinen Deutschen Frauenverein ausgedrückt: Es ist unsere Aufgabe, "den Wirkungskreis der Frauen zu erweitern in allen Lebensverhältnissen, in der Familie, in der Ge-

meinde, im Staat, in der ganzen Menschheit."

Während sich im übrigen Europa überall Frauen in eigenen Wahlrechtsvereinen zusammenschlossen, wartete man in Deutschland mit solch einer Vereinsgründung bis 1901. In Hamburg wurde der Verein gegründet, hier gab es keine einschränkenden Vereinsbestimmungen für Frauen. Getragen war der Verein wesentlich vom linken Flügel der damaligen Frauenbewegung, vom 'Verband Fortschrittlicher Frauenvereine.'

Wenn die Frauen in Deutschland bis 1901 nur vereinzelt in der Öffentlichkeit ihr Wahlrecht verlangt haben, heißt das aber nicht, daß sie nicht politisch aktiv waren. Jahre zuvor haben sie sich immer wieder in die Tagespolitik der Staatsmänner eingemischt. Bittschriften zum Versammlungsrecht in den neunziger Jahren, Forderungen zum Bildungsangebot für Mädchen schon in den siebziger Jahren, und zur Jahrhundertwende die zahllosen Protestschriften zum neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Vor dem Gesetz sind die Frauen inzwischen längst selbst verantwortlich, im Gewerbe und Handel sind sie vertreten. Aber im Familienrecht will man die Frau noch in Zukunft als Untertan behandeln; so klang es empört in der Petition des Bundes deutscher Frauenvereine zum neuen Gesetzbuch 1895. Der Ton blieb aber höflich: "Möge ein Hoher Reichstag unsere Bitte nicht gering achten." Die Antwort der Staatsherren war Hohn. Man ging zwar auf einige Forderungen der Frauen ein, aber die Ausführungsbestimmungen des neuen Gesetzes sicherten alte Vorrechte. Ein Beispiel: "Was die Einkünfte aus einem Erwerbsgeschäft betrifft, welches die Frau nach dem Inkrafttreten des BGB beginnt, so kann sich der Mann von vornherein einen angemessenen Einfluß auf die Verwendung dieser Einkünfte sichern."

Die schäbige Neuordnung des Bürgerlichen Gesetzbuches war für die deutsche Frauenbewegung der letzte Anstoß, jetzt endlich wieder offen mehr zu verlangen. Der Hamburger Wahlrechtsverein gewann rasch an Einfluß, und noch vor dem Ersten Weltkrieg stand der Großteil der deutschen Frauenbewegung einmütig und öffentlich hinter der Forderung nach dem Wahlrecht. Die Unterstützung durch die Männer ließ zu wünschen übrig. 1867 einmal die einsame Stimme eines liberalen Professors Holtendorff nach Frauenstimmrecht. In der Folgezeit meist nur sehr zwielfichtige Unterstützungsangebote. 1870 plädierte der Nationalliberale von Sybel für das Stimmrecht der Frauen — man sollte es aber wie bei den Männern auf die besseren Zehntausend beschränken. Sein christlich-konservativer Kollege betrachtete im Reichstag die Sache ganz praktisch: Die Stadtgemeindewahlen in Eng-

Alle Plakate aus: focus 1/79



Frauen wollen die Verantwortung mittragen. Dieses Plakat für das Frauenwahlrecht wurde 1920 von M. Gams, einer Frau gestaltet, was zu jener Zeit noch selten war.

land, zu denen 1870 die Frauen schon zugelassen waren, hätten doch gezeigt: "das weibliche Geschlecht besitzt im allgemeinen doch mehr konservative Instinkt als das männliche." Diese Hoffnung rief 1905 auch belgische Konservative auf den Plan. Unvermittelt änderten die belgischen Katholisch-Konservativen ihre Wahlstrategie. Die Frauen sollten wählen dürfen. Ein Mordschrecken für die Sozialdemokraten. Das Frauenwahlrecht verschwand vom Programm der Genossen. Die Österreicher schlossen sich an, und Viktor Adler, der österreichische Chef der Sozialdemokratie, drückte den Stimmungswechsel vornehm aus: "In Ländern wie Österreich, Belgien usw., wo das Männerwahlrecht noch nicht voll erkämpft ist, kann der letzte Schritt erst gemacht werden,

1912 schlugen Suffragetten in der Londoner City Schaufensterscheiben in Scherben. Eine zeitigen. Zeichnung aus der „London News“



Aus: Shoulder to Shoulder v. M. Mackenzie

wenn der erste gemacht ist: zuerst das Wahlrecht für die Männer."

Das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts brachte in allen Ländern Europas ein Hin-und-Her in der Entwicklung des Wahlrechtskampfes. Das allgemeine Wahlrecht wollte man den Frauen nicht geben, aber manche Stadt- oder Kirchengemeinde gab sich aufgeschlossen. So bekam 1910 zum Beispiel Laibach in Österreich ein neues Gemeindewahlrecht, das gleiches Wahlrecht für Mann und Frau vorsah. Allerdings — die Frauen durften nur zu einer ganz bestimmten Stunde des Wahltags an die Urnen. Im selben Jahr durften sich Frauen in der Schweizer Gemeinde Villarzel an der Pfarrwahl beteiligen.

Hin und Her gab es auch innerhalb der Wahlrechtsbewegung in Europa. Man hatte sich zwar im Weltbund für Frauenstimmrecht zusammengeschlossen, Jahr für Jahr traten neue Länder bei, aber Einmütigkeit herrschte nicht. Frauen- oder Damenwahlrecht hieß es in manchen Ländern. Oft schien das eingeschränkte Wahlrecht, wie es ja in Deutschland für die Männer galt, leichter erreichbar. So drückten sich dort auch manche Frauenrechtlerinnen um die leidige Entscheidung, sprachen vom gleichen Recht für Mann und Frau. Verrat an der Arbeiterbewegung hieß es dann von Seiten sozialdemokratischer Frauen. Peinlich dann aber auch das Verhalten der norwegischen und englischen Genossinnen. Auf der Internationalen Sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910, kam es zur Sprache. Genossin Gjöstein aus Norwegen mußte eingestehen, "daß sie nach einem leidenschaftlichen Kampf für das gleiche Wahlrecht schließlich für das beschränkte gestimmt habe, im angeblichen Einverständnis mit den (damit ausgeschlossenen) proletarischen Frauen." Und Mrs. Philipps aus England mußte sich dem für die englische Arbeiterpartei anschließen.

Nirgendwo in Europa hat es so gekracht wie in England. Freiheit und Gleichheit waren ungleich stärker Tradition der englischen als anderer europäischer Frauen. Während der französische Freiheitsdenker Rousseau Ende des 18. Jahrhunderts nur von Staatsmännern träumte, die den neuen Staat begründen müßten, sprach in England Mary Wollstonecraft zur selben Zeit von Pflichten und Rechten der Frauen in Politik und Gesellschaft. In England riß der Wahlrechtskampf der Frauen seitdem nicht mehr ab. In den 60er Jahren war das Wahlrecht zu den Stadtgemeinden gesichert, die Frauen waren es nicht zufrieden. Immer wieder neue Versprechungen der Parteien, immer neue Enttäuschungen. Die englischen Suffragetten bewiesen Phantasie und Mut. Sie pflanzten sich vor Parlamenten auf,

störten Festessen der Staatsmänner und schlichen sich in Versammlungen ein. Dabei ging auch manche Fensterscheibe zu Bruch. Immer neue Scherbenhaufen in den Jahren des Kampfes. Die Suffragetten wanderten in den Knast und erholten sich anschließend im eigens dafür geschaffenen Erholungsheim ihres Vereines. Englische Staatsmänner gingen dazu über, Versammlungen im geschlossenen Kreis mit Eintrittskarten und Gesichtskontrollen abzuhalten. Die lästigen Fragerinnen waren nicht abzuschütteln, die Suffragetten gewannen auch in den besseren Kreisen viele Anhängerinnen. Wenn der Ministerpräsident zum Beispiel einer schönen, hochgewachsenen Dame in weißem Atlaskleide die Hand schüttelte, fragte sie ihn plötzlich: "Kann ich Sie irgendwie dazu bestimmen, den Frauen das Stimmrecht zu geben?" — und wurde hinausbefördert. So berichtete es 1912 die deutsche Frauenrechtlerin Käthe Schirmacher.

Die Haltung der deutschen Frauen zu solchen Methoden war gemischt. Helene Lange verglich die Suffragetten mit Ehefrauen, die dem Mann das neue Kleid abtrotzen. Der deutsche Stimmrechtsverein der Frauenbewegung stand dagegen hintern den Aktionen der Suffragetten. Man berichtete in der Frauenpresse von den Hungerstreiks und den Scherbenhaufen der Suffragetten und plädierte bei den englischen Staatsoberen immer wieder dafür, die Suffragetten aus dem Knast zu entlassen.

Wenn die Frauenbewegung sich auch nicht einig war über Ziele, Mittel und Wege des Wahlrechtskampfes in Europa, so stand sie doch ständig im Gespräch miteinander. Und immer wieder traf man sich zu gemeinsamen Petitionen und Versammlungen. Außer einer winzigen Liberalen Frauenpartei, die 1908 in Deutschland gegründet wurde, waren die Frauen meist nur locker an Parteien gebunden. Nur die Sozialdemokratinnen hatten schon vor 1918 mitzuziehen, wie die Männer wollten. Nach 1918 saßen die Frauen dann fast überall in getrennten Ecken. Wenn wir 1918 mehr weibliche Abgeordnete im Reichstag hatten als heute im Bundestag, hatten die Frauen doch damals wie heute nur wenig zu melden. Gleich, ob es um Schulprobleme der Kinder, um Ehe- und Familienrecht, um Witwen- und Waisenrenten ging — jede Partei hatte ihr eigenes Modell, das die Frauen mitzuvertreten hatten. Auseinandersetzungen in der eigenen Partei lähmten Kontakte zu den anderen Frauen. Die alte Frauenbewegung, die sich immer auch um Politik gekümmert hatte, war bald nur noch mit Sozialem und Kulturellem befaßt. Die 'Politikerinnen' hatten sich abgesetzt und saßen auf den Hinterbänken der großen Staatspolitik.

Ele Schöfthaler



Schweizer Anti-Plakat von 1920 (links) und 1940



/ Amerik. Suffragetten-Postkarte, 1907



Aus: „The Suffragette View“, A. Raeburn